

EU-Vorschrift könnte Händlersterben verlangsamen (krone.at 19.03.2026)

EU-Vorschrift könnte Händlersterben verlangsamen

Während die Zahl der Läden in den Städten weiter zurückgeht, werden viele der leer stehenden Flächen im österreichischen Handel zu Büros umgewandelt.



Besonders inhabergeführte Geschäfte stehen unter Druck. Welche neue EU-Regelung nun dafür sorgen könnte, dass wieder mehr Menschen dort einkaufen ...

In Österreichs Innenstädten schreitet das große Geschäfte-Sterben immer mehr voran – sowohl in den Groß- als auch Kleinstädten. Das zeigt eine Erhebung der Wirtschaftskammer (WKÖ) anhand ausgewählter österreichischer Innenstädte.

Seit 2016 sind dort die Handelsflächen um 15 Prozent zurückgegangen, was einem jährlichen Flächenverlust von 1,4 Prozent entspricht. Vor allem inhabergeführte Läden verschwinden. Besonders betroffen ist der Modehandel, dessen Anteil an allen Standorten im Handel seit 2014 von über 30 auf 24,3 Prozent gesunken ist. Insgesamt steht derzeit eine Geschäftsfläche in der Größenordnung der Einkaufszentren Shopping City Süd und Donau Zentrum leer oder befindet sich im Umbau.

Ein Drittel der Nachnutzung der Flächen für Büros Die Leerstandsquote variiert jedoch stark: In Kleinstädten liegt sie bei 14,1 Prozent, in größeren Städten bei 4,8 Prozent – insgesamt bleibt sie damit im Vergleich zum Jahr 2016 aber im Schnitt gleich. Der Grund dafür: Viele leer stehende Shopflächen verschwinden vom Markt, damit aus der Statistik, und werden anders genutzt. Rund ein Drittel wird zu Büros (31,4 Prozent), weitere 13,4 Prozent zu Lagerflächen. Das Problem dabei: Diese Art der Nutzung trägt nur wenig zur Belebung der Innenstädte bei.

Rainer Trefelik, Branchensprecher des Handels in der WKÖ, hofft, dass die Einführung der Abgabe auf Pakete aus dem EU-Ausland die Österreicher wieder stärker in die Läden treibt. Das könnte das Geschäfte-Sterben verlangsamen. Derzeit sieht er insbesondere Automatenshops als wachsenden Trend. Trefelik kritisiert zudem den „Wildwuchs“ bei den Ladenöffnungszeiten und fordert einheitlichere Regeln für Österreich.